

Kraftvolle Demonstration gegen Kahlschlag bei Novartis und für einen Basler Chemie-GAV mit mehr Schutz.

Rund 1'000 Personen haben heute in Basel gegen die letzte Woche angekündigten Massenentlassungen bei Novartis und für einen besseren GAV in der Basler Chemie demonstriert. Die Demonstrierenden – darunter eine Delegation von Arbeitnehmenden aus dem Werk in Nyon – kritisierten Novartis dafür, dass dem Unternehmen Profite wichtiger als Arbeitsplätze sind, und forderten von Novartis, auf den Abbau-Entscheid zurückzukommen. Letzte Woche hat Novartis seine Quartalszahlen veröffentlicht. Diese zeigen: Novartis ist hochprofitabel. Der Konzern hat in den ersten 9 Monaten des laufenden Geschäftsjahres 20 Prozent mehr Umsatz erwirtschaftet und einen Kern-Reingewinn von über 10 Milliarden Dollar erwirtschaftet. Zu verdanken hat das Novartis seinen engagierten Mitarbeitenden, welche immer produktiver arbeiten, wie der Konzern in seinem jüngsten Quartalsbericht selber festhält. Dem Novartis-Management genügt das nicht.

Novartis soll noch mehr Profit abwerfen. Das Unternehmen kündigte letzte Woche den Abbau von rund 1'100 Arbeitsplätzen in der Schweiz an: 760 Stellen sollen allein am Standort Basel gestrichen werden. Das Werk in Nyon will Novartis ganz schliessen und die 320 Stellen streichen. Fast jeder zehnte Novartis-Mitarbeiter in der Schweiz muss also mit einer Entlassung rechnen. Und das nur, um den Profit weiter zu erhöhen und wohl noch höhere Dividenden und noch fettere Boni zu zahlen.

Gewerkschaften fordern Verzicht auf Stellenabbau

«Es ist absolut rücksichtslos und unverständlich, wenn ein hochprofitables Unternehmen wie Novartis mehr als 1'000 Arbeitnehmenden die Stelle streicht, nur um noch profitabler zu werden», sagte Brigitte Martig, Angestellte bei Novartis und Präsidentin der Unia Nordwestschweiz, an der Demonstration.

Die Gewerkschaft Unia fordert Novartis auf, angesichts des guten Geschäftsganges auf den Stellenabbau zu verzichten. Zudem verlangt die Unia, dass Novartis an beiden Standorten unverzüglich Gespräche mit den Gewerkschaften sowie den Personalvertretungen aufnimmt und ein echtes Konsultationsverfahren eröffnet. Zudem fordert die Unia eine Intervention der Behörden: Die Basler Regierung muss sich gemeinsam mit der Regierung des Kantons Waadt für den Erhalt der Stellen einsetzen.

ChemiearbeiterInnen verlangen neuen GAV mit mehr Schutz

Es hat sich in den letzten drei Jahren gezeigt, dass der Basler GAV der Pharma-, Chemie- und Dienstleistungsunternehmen (GAV VBPCD) in zentralen Punkten verbessert werden muss. Die nationale Unia-Branchenkonferenz der Chemieangestellten hat in den vergangenen Monaten intensiv über die Neuverhandlung des GAV diskutiert und am 18. Oktober 2011 beschlossen, den GAV 2012 zu erneuern. Folgende zentralen Forderungen wurden von den Angestellten verabschiedet:

- Ausdehnung des Geltungsbereichs des GAV: Der heutige GAV unterstellt vor allem Produktionsangestellte und schliesst die Angestellten in Labor, Forschung, Entwicklung und Administration aus. Ebenfalls nicht dem GAV unterstellt sind Temporärarbeitende.
- Verbesserung des Kündigungsschutzes
- Erweiterung der Gewerkschaftsrechte am Arbeitsplatz

Medienmitteilung Unia Schweiz, 29.10.2011.

Unia Schweiz > Demonstration. Novartis . Entlassungen. 2011-10-29.doc.